



Sachstand

**Trilaterales Treffen der Präsidien der nationalen Parlamente
Deutschlands, Frankreichs und Polens am 16./17. Juni 2016**
TOP 1: Flüchtlings- und Migrationsfragen

Trilaterales Treffen der Präsidien der nationalen Parlamente Deutschlands, Frankreichs und Polens am 16./17. Juni

TOP 1: Flüchtlings- und Migrationsfragen

Aktenzeichen: WD 3 - 3000 - 136/16
Abschluss der Arbeit: 01.06.2016
Fachbereich: WD 3: Verfassung und Verwaltung

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

1. Steuerung der Migration

Im Zentrum der Migrationsbewegungen steht derzeit die **Fluchtmigration** von Drittstaatsangehörigen. Da die Migrationsprozesse von vielen verschiedenen **Faktoren** in den **Herkunftsländern** (Push-Faktoren) und in den **Zielländern** (Pull-Faktoren) abhängen, gestaltet sich die Steuerung von Migrationsbewegungen schwierig. Steuerungsmaßnahmen können sich auf die Push- und Pull-Faktoren in den Herkunfts- und Zielländern sowie auf den (EU-Außen)-Grenzschutz beziehen. Von deutscher Seite wurden im letzten Jahr zahlreiche **ziellandbezogene Maßnahmen** ergriffen, und zwar durch Gesetzesänderungen im Rahmen der sog. Asylpakete I und II.

2. Wichtige Gesetzesänderungen

Die gesetzlichen Änderungen zielten in erster Linie auf die **Beschleunigung** der Asylverfahren, die Senkung der **Anreize** für illegale (Wirtschaftsflucht-)Migration sowie auf die **Integration** asylrechtlich Schutzberechtigter ab. Hervorzuheben ist die **frühzeitige Differenzierung** zwischen **Asylbewerbern mit guter** und **ohne gute Bleibeperspektive**.

Zu den Asylbewerbern **ohne gute Bleibeperspektive** gehören insbesondere diejenigen aus **sicheren Herkunftsstaaten**.¹ Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten müssen für die Dauer des Asylverfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung wohnen, dürfen keine Erwerbstätigkeit ausüben und haben keinen Zugang zu Integrationsangeboten. Für Asylbewerber ohne gute Bleibeperspektive wurde darüber hinaus die Möglichkeit **beschleunigter Asylverfahren** geschaffen, die innerhalb von einer Woche durchzuführen sind und den Aufenthalt in **besonderen Aufnahmeeinrichtungen** vorsehen. Asylbewerbern **mit guter Bleibeperspektive** hingegen wurde der Zugang zu Integrationskursen ermöglicht.

Weitere **wichtige Gesetzesänderungen** bezogen sich auf folgende Maßnahmen:

- Bestimmung weiterer Staaten als **sichere Herkunftsstaaten** (Westbalkanstaaten),²
- Möglichkeit von **Sachleistungen** auch in der Anschlussunterbringung,
- **Aussetzung** des **Familiennachzugs** zu subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre,
- Verschärfung der **Sanktionen** gegenüber **straffälligen** Ausländern.

1 Die Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten obliegt den EU-Mitgliedstaaten, eine gemeinsame EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten gibt es nicht.

2 Die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten wurde am 13.5.2016 vom Bundestag beschlossen, der Bundesrat wird voraussichtlich am 17.6.2016 über die Einstufung abstimmen.

3. Entwurf eines Integrationsgesetzes

Die Bundesregierung hat am 25.5.2016 den Entwurf eines **Integrationsgesetzes** beschlossen, mit dem das Konzept „**Integration fördern und fordern**“ umgesetzt werden soll. Der Gesetzentwurf sieht u.a. folgende Maßnahmen vor:

- **Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“**: 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber, die nicht aus sicheren Herkunftsstaaten kommen,
- **Ausbildungsförderung** für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive,
- **Ausweitung von sanktionsbewehrten Teilnahmepflichten an Integrationskursen** (Leistungskürzungen),
- gleichmäßigere Verteilung der Schutzberechtigten durch **Wohnsitzzuweisung**,
- **unbefristete Niederlassungserlaubnis** für Asylberechtigte und Flüchtlinge nur bei erbrachten **Integrationsleistungen**,
- Aussetzung der Vollstreckung der Ausreisepflicht (**Duldung**) für die **Gesamtdauer** einer **Ausbildung**, bei erfolgreichem Abschluss sechs Monate Duldung zur Arbeitsplatzsuche.

Ende der Bearbeitung